

Bericht vom Philosophischen Fakultätentag Bamberg (26.11. – 28.11.2015)

1. Auftaktveranstaltung (26.11.2015, 18.00-20.00 Uhr) zum Thema „Kleine Fächer“

Referat von Dr. Josef Lange: „Kleine Fächer – Auslaufmodell oder Zukunftschance für Universitäten“

Lange zitiert einleitend Gumbrecht: „Geisteswissenschaften als Sumpf für Verschwörungstheorien“; weitere Aperçus aus seinem sehr inhaltsreichen, aber nicht besonders strukturierten Vortrag:

Definition der „Kleinen Fächer“: entweder höchsten drei Professuren pro Fach innerhalb einer Fakultät oder insgesamt nur höchstens an 10% der deutschen Universitäten vertreten

Von etwa 2000 Professuren in den deutschen Geisteswissenschaften befinden sich nach dieser Definition angeblich 1421 in den Kleinen Fächern. d.h. 70%!

In den Alten Sprachen und Kulturen hat es in den vergangenen Jahrzehnten die größten Streichungen gegeben (etwa 25%).

Deklariert man die Kleinen Fächer als Auslaufmodell“, besteht die Gefahr der „Self-fulfilling prophecy“.

Lange plädiert für ein „Weg von der Ein-Professoren-Vertretung eines Fachs“ und eine entsprechende Stellenaufstockung – das geht aber nur, wenn an anderer Stelle die eine Professur ganz gestrichen wird! Wie soll zwischen den verschiedenen Orten ein entsprechender Konsens gefunden werden?

Lange insistiert wiederholt darauf, dass die Geisteswissenschaften mit einer nicht-universitären Öffentlichkeit in „verständlicher Sprache“ kommunizieren müssen, und ruft zum „Enthusiasmus“ bei der Vertretung geisteswissenschaftlicher Belange auf.

2. Plenarsitzung: 26.11. und 28.11.2015, jeweils 9.00 – 13.00 Uhr

TOP 4: Bericht des Vorsitzenden (Prof. Dr. Tassilo Schmitt, Bremen) nach Stichpunkten:

— Weitere Diskussionen um Plagiate: Die entsprechende Resolution des Philosophischen Fakultätentags ist auf keine nennenswerte Reaktion gestoßen. Zur Zeit gibt es eine Diskussion um eine mögliche „Verjährung“ von Plagiaten. Der Katholisch-Theologische Fakultätentag regt hierzu eine gemeinsame Resolution der Fakultätentage an. Der Delegierte Wolf aus Bayreuth gibt in diesem Zusammenhang zu bedenken, dass der Begriff „Verjährung“ eigentlich fehl am Platz ist – es geht um die Frage, wie lange eine Fakultät einen Dokortitel, der durch Plagiat entstanden ist, entziehen kann (Hinweis: Ein gefälschter Führerschein kann ebenfalls nicht nach einer bestimmten Zahl von Jahren einfach durch einen „richtigen“ ersetzt werden).

— Qualität der Lehre: Für gute Lehre ist eine gute Grundausstattung der Universitäten notwendig: Zu diesem Thema ist auf dem nächsten Fakultätentag (Wien) eine Resolution geplant.

— Qualitätssicherung: wird ebenfalls ein Thema des Wiener Fakultätentags sein.

— Karriereweg für den wissenschaftlichen Nachwuchs: wird als Thema ebenfalls für Wien ins Auge gefasst.

— Beim Thema universitäre Finanzierung gibt es eine große Bandbreite: Personalmittel werden an manchen Orten nur zentral verteilt (Bremen), an anderen wird alles unterhalb der Professur von der Fakultät geregelt (Gießen). Bei den Sachmitteln gibt es ebenfalls höchst unterschiedliche Verteilmodelle (in Bremen z.B. gibt es nur zentrale Bibliotheksmittel). Ebenso gibt es bei den Projektmitteln („overhead“) eine riesige Variationsbreite (die Projekte erhalten zwischen 0 % und 50% des overhead). Zu diesen Punkten soll eine Übersicht vorbereitet werden, vielleicht auch eine Diskussion über die Verteilung von Bibliotheksmitteln.

— Beim Thema Resolution zur Lehrerbildung ist eine geplante Arbeitsgruppe nicht zustande gekommen; diese Gruppe soll aber nach Möglichkeit noch realisiert werden.

— Beim Thema „Kerndatensatz zur Forschung“ gibt es weiterhin starken Widerstand der Skeptiker.

— Thema Einsparungen: Das Land Niedersachsen fordert Geld für „unverbrauchte“ Studienplätze von den Universitäten zurück; außerdem werden Auslastungsquoten der Fächer von 70-80% gefordert (der Delegierte aus Göttingen kann diese Zahlen z.T. etwas nach unten korrigieren, muss aber hre grundsätzliche Richtigkeit zugeben).

- Thema Semesterzeiten: Nordrhein-Westfalen will die Lehre im Sommersemester bereits Anfang April und im Wintersemester Anfang Oktober beginnen lassen (um damit Geld bei Pensionierungen zu sparen).
- Ein neues Urteil des Europäischen Gerichtshofes hat festgelegt, dass Verlage nicht mehr ohne weiteres Gelder von der VG Wort erhalten sollen (bisher gingen 50% an Verlage und 50% an Autoren) – die Konsequenzen dieses Urteils sind noch nicht absehbar.
- Es wurde empirisch ein Zusammenhang zwischen Leistungszulagen (im W-Besoldungssystem) und Demotivation festgestellt. Mehr dazu?

TOP 7: Kurzberichte der Gäste

- Bericht vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultätentag: Hier hat man sich mit der Frage, wie weit Fachhochschulen das Promotionsrecht gewährt werden soll, beschäftigt; vgl. hierzu Klaus Herrmann, Promotionsrecht der Fachhochschulen – Gefährdung der Wissenschaft?, in: „Wissenschaftsrecht“ 47, Nummer 3, September 2014, pp. 237-266 (Abstract unter: <http://www.ingentaconnect.com/content/mohr/wissr/2014/00000047/00000003/art00003>), der in diesem Zusammenhang auf die unterschiedliche wissenschaftliche Qualifizierung von FH- und Univ.-Professoren hinweist.
- Bericht vom Evangelisch-theologischen Fakultätentag: Hier wurde der Ersatz des Graecums diskutiert – dazu wird das Mainzer Modell empfohlen, das Göttinger Modell dagegen nicht.
- Bericht von den österreichischen philosophischen Fakultäten / von der Univ. Wien:
 - Das neue Universitätsgesetz hat die obligatorische Studieneingangsphase auf 8-20 ECTS reduziert; auch kann man hier bis zu zwölfmal durchfallen, bevor man die Studienberechtigung endgültig verwirkt hat.
 - Overhead: Der FWF bezahlt keine Overheads mehr; sie sollen durch Bundesbudget kompensiert werden.
 - Einführung eines islamisch-theologischen Studiengangs an der Universität Wien (mit 6 Professuren), der an der philologisch-kulturwissenschaftlichen Fakultät angesiedelt wird.
 - Vom 1.1.2016 gibt es eine neue Form assoziierter Professoren: Sie gehören der Professorenschaft an, während die davor Ernannten zum Mittelbau gehören.
 - An der Universität Wien ist erstmals ein Rückgang der Gesamtstudierendenzahl (von 95.000 auf 93.000) zu verzeichnen – ein Vorbote für Deutschland?
 - Die Antragsprache ist nach wie vor obligatorisch Englisch.

TOP 8: Kleine Fächer (Schwerpunkt der Plenarversammlung)

Einführung: Die Kartierung „Kleine Fächer“ wurde überarbeitet, und es gibt einen Bericht der „Expertenkommission zur Situation der Kleinen Fächer in Baden-Württemberg“ (abrufbar unter: https://mwk.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/mwkwk/intern/dateien/publikationen/Langfassung_Bericht_der_Expertenkommission_zur_Situation_der_Kleinen_Faecher_in_Baden_Wuerttemberg.pdf); vgl. ferner eine Rede von A. Chaniotis aus dem Jahr 2006, „Von kleinen Fächern, kurzen Sichten und großen Herausforderungen“ (abrufbar unter: <http://www.uni-heidelberg.de/presse/news06/2610jfc.html>).

Insgesamt zeigt sich ein uneinheitliches Bild: Manche kleinen Fächer sind immer noch in großer Gefahr, anderen geht es besser: Die Baltistik und die Ukrainistik in Greifswald werden inzwischen durch Mittel des Auswärtigen Amtes gestärkt. Bei der Finanzierung der Kaukasiologie in Jena wird an eine Förderung durch den Staat Georgien gedacht – aber solche Förderungen „von außen“ lassen immer die Gefahr des Eindrucks einer unzulässigen Einflussnahme von außen entstehen. Auch die Einrichtung von „Zentren“ für kleine Fächer an bestimmten Standorten ist nicht ohne Probleme: Zu leicht kann hier nach der Devise „Erst konzentrieren, dann sparen“ verfahren werden.

Vor der anschließenden Aussprache werden folgende Fragen formuliert: Soll der Philosophische Fakultätentag sich weiter für kleine Fächer engagieren und sich z.B. an einer geplanten bundesweiten „Clearing-Stelle“ beteiligen? Und wenn ja, wo sollte eine solche Stelle angesiedelt werden?

Aussprache:

Der Delegierte Franz (Potsdam) plädiert dafür, dass der Philosophische Fakultätentag sich weiter um die Kleinen Fächer kümmert.

Die Delegierte Alzheimer (Bamberg) korrigiert die „rosige“ Darstellung, die das Präsidium der Universität Bamberg über die Situation der 22 Kleinen Fächer in Bamberg gegeben hat: Sie sind sehr dürftig ausgestattet (jeweils nur eine W2-Professur, und drei davon müssen sich eine Sekretariatsstelle teilen); dem steht in der Verwaltung ein großer Marketingapparat gegenüber, der aus der Umwidmung von wissenschaftlichen Stellen bestückt wurde; in naher Zukunft befürchtet Frau Alzheimer Fachstreichungen.

Der Delegierte Wolf (Bayreuth) verweist darauf, dass durch die Änderung des Grundgesetz-Artikels 91 der Bund jetzt auch im Universitätswesen Finanzierungen übernehmen kann; de facto aber sei bisher noch nichts in dieser Richtung geschehen, denn immer noch sei die folgende Hauptfrage umstritten: Wer bestimmt, wenn der Bund Geld gibt? Nach der Ansicht von Herrn Wolf ist die Einrichtung einer Clearingstelle nicht ausreichend. Die Universität Bayreuth ist gerade dabei, die Arabistik einzustellen.

Der Delegierte Bauer (Regensburg) weist auf zwei unterschiedliche Problemlagen hin: Zum einen sei der Erhalt der Kleinen Fächer eine nationale Kulturaufgabe; dadurch könne aber nur eine minimale kritische Masse aufrechterhalten werden. Zum anderen müssten jetzt noch bestehende Standorte erhalten werden, um Kontinuitäten zu sichern; dabei sei freilich das „Nützlichkeitsargument“ nicht tragfähig. Konkret fordert Herr Bauer den Erhalt der Kleinen Fächer, die eine kontinuierliche Tradition wenigstens seit dem Kaiserreich von 1871 haben.

Die Delegierte Braun (Trier) weist darauf hin, dass die Einrichtung einer Clearingstelle auch eine Einladung zur Schließung von Standorten sein, da die Clearingstelle ja allen transparent mache, dass es das betreffende Fach noch anderswo gebe.

Der Delegierte Dahmen (Jena) erinnert daran, dass es bei Sparrunden gerade auch innerhalb von Fakultäten harte Verteilungskämpfe zwischen großen und kleinen Fächern gebe.

Der Delegierte Dreher (Magdeburg) erinnert daran, dass „Kleine Fächer“ ein unklarer Begriff ist, der auch für besondere Fachgebiete innerhalb von Fächern verwendet wird (Beispiel: Alte Geschichte). In diesem Zusammenhang stellten die Studierendenzahlen ein besonderes Problem dar – sollte es besondere Regeln für Kleine Fächer geben?

Die Delegierte Dietl (Gießen) schlägt ebenfalls Sonderregelungen für Kleine Fächer vor, z.B. eine Aufweichung der Modulstrukturen, die besonders personalaufwändig seien.

Auf der Grundlage dieser Aussprache werden folgende Vorschläge formuliert:

- 1. Man solle an die Bundespolitik herantreten und deutlich auf deren Verantwortung für den Erhalt der Kleinen Fächer hinweisen.
- 2. Hinsichtlich der Besonderheiten der Kleinen Fächer in der Lehre solle man an die eigenen Rektoren/Präsidenten herantreten (dazu eventuell Einsetzen einer Arbeitsgruppe, die unterstützende Texte formuliert).
- 3. Man solle sich mit den begrifflichen Unschärfen der Kleinen Fächer und ihres Status befassen und Argumente für die Wichtigkeit der Kleinen Fächer zusammenstellen.

TOP 9: Forschungsförderung / DFG

Der Vorsitzende beklagt das erneute Fehlen eines Vertreters der DFG auf dem Fakultätentag; der Delegierte Wolf rät zur Gelassenheit; man solle nicht die (notorisch überforderte) Geschäftsstelle, sondern direkt das Präsidium ansprechen.

Es wird auch die Eigenmächtigkeit von Hochschulleitungen bei der Nominierung von DFG-Delegierten thematisiert: In Gießen hat die Hochschulleitung die eigenen Fachvertreter bei entsprechenden Vorschlägen nicht gefragt.

TOP 10: Anwesenheitspflicht

Frage: Wie kann man mit der Situation der in vielen Bundesländern (noch nicht in Niedersachsen) weggefallenen Anwesenheitspflicht sinnvoll umgehen? In Nordrhein-Westfalen wurde die Abschaf-

fung der Anwesenheitspflicht mit „Chancengleichheit“ der Studierenden begründet, die für ihren Lebensunterhalt arbeiten müssen.

TOP 13: Kompetenzbegriff

Eine Arbeitsgruppe hat ein Papier vorgelegt, das versucht, den Kompetenzbegriff in sinnvoller Weise für die Geisteswissenschaften verfügbar zu machen (vor allem durch Hinweise, dass es dabei nicht um eine direkte Berufsqualifikation gehen könne). Bei der „philosophischen“ Begründung des Papiers wird allerdings noch Nachbesserungsbedarf gesehen, weswegen das Papier vorbehaltlich einer solchen Nachbesserung verabschiedet wird.

TOP 13a: Umgang mit der Flüchtlingssituation (zusätzlicher TOP)

Eine genauere Behandlung dieses Punktes ist für den nächsten Fakultätentag in Wien vorgesehen.

TOP 14/15: nächster Fakultätentag in Wien

Hauptthema in Wien wird die Qualitätssicherung sein.

TOP 17: Verschiedenes

Der Delegierte Bauer berichtet, dass die Regensburger Universitätsleitung neue Elemente in Berufungsverfahren eingeführt hat (u.a. direkte Einflussnahme darauf, wer zu Bewerbungsvorträgen eingeladen wird), und fragt nach ähnlichen Beobachtungen in anderen Universitäten. Daraufhin antwortet der Delegierte aus Würzburg, dass die dortige Universitätsleitung sich sogar vorbehält, dem Berufungsvorschlag der Berufungskommission einen eigenen entgegenzusetzen.

02.12.2015

H.-G. Nesselrath